

Vom austrofaschistischen Gewerkschaftsexperiment : aus Oesterreich wird uns geschrieben

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **30 (1938)**

Heft 3

PDF erstellt am: **22.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-352894>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Vom austrofaschistischen Gewerkschafts- experiment.

Aus Oesterreich wird uns geschrieben:

An zwei verschiedenen Stellen ist die austrofaschistische Gewerkschaftsorganisation fast gleichzeitig vor die Rampe der Weltgeschichte getreten, um sich sozusagen als Verbündeter anzubieten: beim internationalen Kongress für Sozialpolitik in Paris und beim Kongress der Internationale der christlichen Gewerkschaften. Den Sozialpolitikern wurde erzählt, dass es sich beim Gewerkschaftsbund österreichischer Arbeiter und Angestellten eigentlich nur um eine Abart der freien Gewerkschaftsbewegung handle, denn in Oesterreich bestehe Freiheit der Gewerkschaft und Streikfreiheit; den Vertretern der christlichen Gewerkschaften wurde darauf verwiesen, dass die neue österreichische Gewerkschaftsbewegung restlos die Grundsätze und Bestrebungen der christlichen Bewegung vertrete.

Diese Kundgebungen haben ein Gemeinsames: sie können in Oesterreich nicht vertreten, nicht praktiziert werden; und die Herren, die sie abgegeben haben, konnten es nur tun, weil sie von österreichischer Seite nicht berichtigt werden können. Nur die Möglichkeit einer Polemik in ausländischen Blättern, und auch da gesichert durch Anonymität, besteht. Die soll für die nachfolgenden Darlegungen erbeten werden, die aber auch aufzeigen wollen und sollen, wie sich in der austrofaschistischen Gewerkschaftsorganisation ein bedeutsamer Kampf, vielleicht sogar schon eine Wandlung vollzieht.

Es ist bekannt, dass der österreichische Gewerkschaftsbund gebunden ist — denn so schreibt es ihm das Gesetz, auf Grund dessen er errichtet wurde, vor —, sich als **Hilf s i n s t r u m e n t** des **U m b a u e s** Oesterreichs in einen christlichen, berufsständischen Staat zu betrachten, das **n e b e n b e i** auch die Interessen der Arbeiter und Angestellten zu wahren hat, wobei es allerdings « vaterländisch, christlich, berufsständisch » vorzugehen hat. Diese Weisung in der Präambel des Gesetzes ist trotz ihrer Kargheit, besonders wenn man es rein gewerkschaftlich beobachten will, die **e i n z i g e p r o g r a m m a t i s c h e** Weisung für die neue Gewerkschaft. Und doch besagt sie — übrigens von den ernannten « Führern » mehr als gewissenhaft, vielleicht wegen seiner Mangelhaftigkeit von den früheren christlich-sozialen Gewerkschaften sogar ängstlich befolgt — eigentlich genug über das Wesen des ganzen Gewerkschaftsbundes. Dieser sogenannte Gewerkschaftsbund, der als primäre Bestimmung die eines Hilfsinstrumentes für die Arbeit der Neugliederung der Gesellschaft ohne Aenderung ihrer wirtschaftlichen Grundlagen, ja unter ausdrücklicher Ablehnung der in Wirklichkeit betriebenen Aenderung übernommen hat,

muss jedem ernstem Gewerkschafter als etwas zumindest Minderwertiges erscheinen. Und der Auftrag, die immerhin anerkannte Notwendigkeit der Vertretung der besonderen Interessen der Beschäftigten gegenüber ihren Unternehmern im « vaterländischen » und « christlichen » Sinne zu besorgen, hat auch der praktischen Arbeit dieses Gewerkschaftsgebildes so weitgehende Einschränkungen auferlegt, dass man füglich an seiner Entschlussfreiheit und an der Fähigkeit wirklicher Interessenvertretung zu zweifeln berechtigt war und ist. Der Kampf darf also nicht einmal grundsätzlich gegen den Weiterbestand der kapitalistischen Ordnung mit allen ihren Widerwärtigkeiten für arbeitende Menschen gerichtet sein, weshalb auch das Verzeichnis der vom Gewerkschaftsbund anwendbaren Waffen um sehr wichtige, vor allem um den Streik, gekürzt ist und sich durchaus nicht nach der jeweils gegebenen Situation der Auseinandersetzung erweitern darf. Die Anrufung der Autorität der Behörde, sei es der staatlichen, sei es der berufsständischen, sogar Geld- und Freiheitsstrafen, seit neuester Zeit auch das Konzentrationslager gegen « asoziale Unternehmer », das sind die neuen Kampfmethoden und Mittel. Sie sind sehr genau dem Wesen eines « autoritären » Staates angepasst, denn da entscheidet nicht die Masse der gedrückten, benachteiligten Arbeiter, nicht die zunächst Betroffenen, sondern eben die Autorität, die natürlich nicht streiken lassen kann, die aber auch nie imstande ist, sich über die « Objektivität » zu erheben, die sich frei wüsste von Rücksichten auf das in solchen Fällen nebelhafte « Gemeinwohl ». Wo und wann beginnen die reinen Arbeiterinteressen und Forderungen, das Gemeinwohl zu beeinträchtigen? Wohlgermerkt, nicht das Wohl der Unternehmer, sondern der Gemeinschaft. Und wo hat es je in der Gewerkschaftsbewegung einen Fall gegeben, dass die Interessen der Allgemeinheit in den Verhandlungen mit den Unternehmern nicht aufgezeigt und von den Arbeitern nicht Beachtung gefunden hätten? In diesem Falle aber setzt man die Interessen der Kapitalisten mit denen der Allgemeinheit gleich, und ist überrascht, dass die österreichischen Arbeiter dieses Spiel durchschauen, dass sie erkennen, wie sehr ihre Interessen dabei zu kurz kommen. Dieses Misstrauen der eigenen Arbeiter will man nun, da alle anderen agitatorischen Künste versagen — von etwa 800,000 Beschäftigten, die durch das Gewerkschaftsgesetz als zum Gewerkschaftsbund zugehörig bezeichnet sind, gehören ihm erst etwas über 400,000 an, trotz seines Monopolcharakters — durch Atteste der übrigen Welt, dass man ja doch eine normale Gewerkschaftsbewegung sei, bekämpfen und beseitigen.

Allein die gewünschten Bestätigungen aus dem Ausland sind ausgeblieben. So gering die Möglichkeiten der tapferen Illegalen sind, so gering die legalen Möglichkeiten zur Information des Auslandes sind, sieht man doch auch draussen in der Welt, dass es nicht mit richtigen Dingen zugehen kann, wenn in einem Lande

mit so gedrückter Lebenshaltung der Arbeiter und mit so glänzenden Ergebnissen der Industrie-Aktiengesellschaften (das Amtsblatt hat eine Statistik der Ergebnisse für 1936 veröffentlicht, aus der hervorgeht, dass sich die Dividenden gegenüber 1934 sehr stark erhöht haben, dass die Zahl der dividendenlosen Gesellschaften ganz zusammengeschrumpft ist), wenn in einem Lande, in dem sich die Unternehmer weigern, das Versprechen einzulösen, die Krisenminderungen der Löhne sofort bei Besserung der Lage wieder aufzuheben, gemeldet werden kann, es habe seit Jahren keinen Streik gegeben. Kann sich denn die Arbeiterschaft so geändert haben oder liegt der Grund dieser geradezu beängstigenden Untätigkeit nicht anderswo? Man weiss auch im Ausland, dass die Arbeiter in den Betriebsversammlungen auf Lohnerhöhungen, auf Forderungen drängen; man weiss, dass es verschiedentlich Betriebsstreiks, wenn auch nur von wenigen Stunden, gegeben hat. Und auch sie lösen keine grosse Streikbewegung aus? Kann die Welt es für normal halten, wenn der ernannte Vorsitzende einer grossen Gewerkschaft, der einst, wenn auch nur untergeordneter Angestellter der aufgelösten freien Gewerkschaft war, dem Wunsch der Vertrauensmänner nach einer allgemeinen Lohnbewegung entschieden ablehnend entgegentritt, als Ersatz aber Verhandlungen von Betrieb zu Betrieb vorschlägt, damit die Solidarität nicht zur Geltung komme? Die österreichischen Arbeiter wissen und fühlen das; und sie sind froh darüber, dass auch das Ausland dies scharf beobachtet und erkennt.

Die österreichische Delegation zum Kongress der Sozialpolitiker hat für die vorgelegte Resolution, um deren Umarbeitung sie so sehr bemüht war und die ganz deutlich die Spuren dieser Mitarbeit erkennen lässt, nicht gestimmt, weil in ihr nicht zum Ausdruck kommt, dass die Gewerkschaftsfreiheit durch scharf betonte Berücksichtigung des Gemeinwohls eingeschränkt sein muss. Diese Forderung ist drollig nach den Darlegungen des Hauptredners der Delegation, man müsse im österreichischen Gewerkschaftsbund, auch wenn er ein amtliches Monopolrecht hat, auch wenn seine Mitgliedschaft durch Bedrohung der Unternehmer, man werde ihnen die staatlichen und öffentlichen Aufträge entziehen, wenn sie keine «organisierte» Arbeiterschaft haben werden, «angeworben» wird, eine wirklich freie Gewerkschaft erblicken. Doch man muss verstehen, dass die Delegation zu Hause ein Alibi für die ohnehin argwöhnischen Industriellen, die immer wieder vom Rückfall in «marxistische Gewohnheiten» sprechen, haben wollte. Man hat also für die Arbeiter durch den jetzigen Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes den Anschluss an die übrige Gewerkschaftsbewegung gesucht und durch den früheren Generalsekretär den Unternehmern bewiesen, dass man wirtschaftsfriedlich ist!

Die Zweideutigkeit ist kein Zufall, tritt nicht nur da in Erscheinung. Der neue Gewerkschaftsbund nennt sich mit Vorliebe

« Einheitsgewerkschaft », um zum Ausdruck zu bringen, dass er die « glückliche Ueberwindung » der Richtungsgewerkschaften sei, dass er überpolitisch, auf keine Art parteipolitisch gebunden ist, also das Ideal einer Gewerkschaft darstelle, in der die Geschlossenheit der Arbeiter erreicht erscheine. Nichts und niemand könne diese innere geistige Geschlossenheit stören. Die verantwortlichen Männer des Bundes, die selbst zum grossen Teil einst Führer von « Richtungsgewerkschaften » waren, taten so, als ob sie wirklich nicht sehen würden, wie doch der neue Leitungsapparat sorgfältig aufgeteilt war auf ehemals christliche und « unabhängige » Gewerkschaften, wie man bei der Verteilung der neuen Machtpositionen beiden Teilen genau dosiert hat, also die Zusammenfassung von parteilichen Bestandteilen zugab. Und die Wirkung stellte sich ein. Die Faschisten waren von Anbeginn an bemüht, die Christen zu verdrängen, die doch eine gewisse Gewerkschaftstradition hatten und verteidigten, während die Vollfaschisten nach berühmten Mustern Gewerkschaften durch Korporationen ersetzt wissen wollten. Die österreichische Kompromisslösung — die **Berufsbände**, in denen bei einiger Selbständigkeit beider Vertragsparteien doch die Zusammengehörigkeit durch organisatorische Einrichtungen veranschaulicht wird — wurde von jeder der beiden Gruppen im Gewerkschaftsbund anders ausgelegt. Und darob kam es zum offenen Bruch, der noch gesteigert wurde, als der Versuch der « Entpolitisierung » durch die offen zum Hakenkreuz übergegangenen Starhembergfaschisten vernichtet wurde. Es gab grosse Reinigung. Die Vollfaschisten wurden aus verschiedenen Posten, so in den einzelnen Fachverbänden und in den Landeskartellen, abgesetzt und auch ihrer sonstigen Mandate entkleidet. Darauf hat man vereinzelt ehemalige Freigewerkschafter, die allerdings keine prominente Rolle gespielt haben dürfen, zu Obmännern und deren Stellvertretern gemacht. Kurz, der unpolitische oder, besser gesagt, ausserparteiliche Charakter des Gewerkschaftsbundes war zumindest fraglich geworden.

Mit der Minderung des Faschisteneinflusses, also mit Verminderung des Grundes zur Angst vor dem Bundesgenossen, erinnerten sich die christlich-sozialen Gewerkschafter ihrer eigenen Vergangenheit und begannen sich in der Enge der bisherigen Praxis und der gesetzlichen Einschränkungen unwohl zu fühlen. Sie sahen, wie aus ihrem Gewerkschaftsbund immer klarer und gründlicher eine Scheingewerkschaft, eine **Pseudogewerkschaft** wird. Das wäre natürlich katastrophal gewesen; die Arbeiter hätten nicht mitgetan. Um dem berufsständischen Aufbau die auf diesem Umwege erschlichene Mitarbeit zu erhalten, muss man den Ansichten der Arbeiter entgegenkommen. So werden denn scheinradikale Töne angeschlagen, werden Forderungen aufgestellt, die ganz in der Linie des ernstesten Gewerkschaftslebens gelegen sind, wie Arbeitsvermittlung, Schutz des Vertrauensmannes u. a.

Auch die Rede des Generalsekretärs in Paris ist ein Stück

dieses « Entgegenkommens » an die ernstesten Gewerkschafter, die dem Redner die Folie zu seinen Ausführungen geboten haben, indem sie knapp zuvor in verschiedenen Betrieben die genannten kleinen Streiks organisiert haben, wirklich ohne schon deshalb eingesperrt oder ins Konzentrationslager geschickt worden zu sein. Man hat sich in Oesterreich begnügt, für die Zukunft vorgekehrt zu haben, indem man die Bedrohung des sozialen Friedens, also Streiks und Streikagitation, für strafbar erklärt hat. Diese « Untat » wird fortan mit Konzentrationslager gestraft werden. Und damit hat die Regierung die Behauptung des Sprechers des Gewerkschaftsbundes von der Streikfreiheit in Oesterreich gründlich dementiert. Natürlich liegt da ein Regiefehler vor; die Gewerkschaftsführer haben die Regierung nicht rechtzeitig von ihrer Absicht informiert.

Sehr beachtenswert ist die Tatsache, dass es in Oesterreich eigentlich keine christlichen Gewerkschaften mehr gibt (was erhalten wurde, musste sich in charitative oder Bildungsorganisationen umwandeln und auf jede Aktion für eine grössere Zahl von Interessenten verzichten) und dass doch beim Kongress der Internationale der christlichen Gewerkschaften eine offizielle österreichische Delegation, sogar unter Führung des Präsidenten des Gewerkschaftsbundes erschienen ist. Sie scheint ja nicht sehr gut abgeschnitten zu haben, denn das Wiener Hauptorgan der einstigen christlich-sozialen Partei ist sehr ungehalten wegen der « überflüssigen Angriffe », denen Oesterreich bei dem Kongress ausgesetzt war. Wie immer, der Präsident des Gewerkschaftsbundes, der trotz seiner Vergangenheit (der Mann war Hauptsekretär der christlich-sozialen Gewerkschaftszentrale) jeder parteipolitischen Sonderung entgegentrat, jede parteipolitische Aeusserung verurteilt hat, hat in Paris feierlich erklärt,

der österreichische Gewerkschaftsbund habe sich restlos die Grundsätze der Internationale der christlichen Gewerkschaften angeeignet und sie zur Grundlage seiner Praxis gemacht.

Beim Kongress scheint diese Mitteilung nur wenig Eindruck gemacht und noch weniger Glauben gefunden zu haben. Aber in Oesterreich wird sie verstanden. Der innere « geistige » Kampf im Gewerkschaftsbund scheint vorerst mit dem Siege der Christlich-Sozialen über die Volfaschisten geendet zu haben. Und die Mitteilung an den Kongress soll die offenere Betonung gewerkschaftlicher Grundsätze einleiten.

Die Einheitsgewerkschaft will also eine christliche Richtungsgewerkschaft sein oder werden? Da bricht ja eine der tragenden Lebenslügen der neuen Gewerkschaftsbewegung zusammen. Glaubt wirklich jemand, dass die österreichischen Arbeiter christlich-klerikal geworden sind? Glaubt man ihnen so etwas wie den Anschluss ihrer Gewerkschaft an die christlich-sozialen Gewerkschaften zumuten zu können? Wohl haben die

Christen den Apparat jetzt in ihren Händen; aber bis jetzt taten sie, als ob sie jede programmatische politische Bindung verwerfen würden, so dass die Arbeiter mittaten, um eben eine Organisation zu haben. Aber nun?

Es gibt keine Streikfreiheit in Oesterreich; es gibt nur die eine Gewerkschaft, also keine Gewerkschaftsfreiheit, und auch die Entpolitisierung ist aufgegeben. Was übrig bleibt, die vorgeschriebene Hilfe beim Aufbau der berufsständischen Ordnung, das Wirken im christlich-vaterländischen Geist ist nicht geeignet, nicht genügend, um die gewerkschaftlichen Bedürfnisse der österreichischen Arbeiter zu befriedigen. Vielleicht werden die Machtmittel des neuen Staates einige Zeit die so eingeleitete Entwicklung des Gewerkschaftsbundes verlangsamen, ihre Auswirkungen verhüllen, ihre Besprechung verhindern können. Die Tatsachen lassen sich nicht ungeschehen machen, können nicht weggeleugnet werden. Das österreichische Gewerkschaftsexperiment, in einer faschistischen Ordnung Gewerkschaft zu spielen, ist zusammengebrochen. Die Hilfe des Auslandes käme, auch wenn sie nicht versagt worden wäre, zu spät. Die Arbeiter werden aus den Dingen die notwendigen Schlüsse ableiten.

Wirtschaft.

Die Lage der Industrie.

Die Erhebungen des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit über die Lage der Industrie im vierten Quartal 1937 bestätigen vollauf die pessimistische Beurteilung der Lage, die wir in unserem Konjunkturbericht über das letzte Vierteljahr gegeben haben. Das Hauptergebnis lässt sich dahin zusammenfassen: Zum erstenmal seit der Abwertung wird eine Abnahme der Zahl der beschäftigten Arbeiter gemeldet. Sie ist allerdings noch gering — 2,3 Prozent im Durchschnitt — und betrifft überwiegend das Baugewerbe, wo ein saisonmässiger Rückgang eingetreten ist. Das Urteil der Betriebsleiter über den Beschäftigungsgrad hat sich schon im dritten Quartal verschlechtert und ist jetzt noch ungünstiger geworden. Am pessimistischsten ist die Beurteilung der Aussichten für die Zukunft. Während im zweiten Quartal 1937 die Lage von Betrieben, die 57 Prozent der Arbeiter beschäftigen, als gut oder befriedigend bezeichnet wurde, entfallen heute nur noch 34 Prozent der Arbeiter auf Betriebe mit günstigen oder befriedigenden Aussichten. Es muss daher damit gerechnet werden, dass auch die Zahl der Beschäftigten in der Industrie noch stärker abnimmt in der nächsten Zeit.

Da diese Industrieberichte unsere volle Aufmerksamkeit verdienen, wollen wir ihre Ergebnisse ausführlich festhalten.

Der Beschäftigungsgrad.

Das BIGA fragt die Betriebsleiter nach dem Beschäftigungsgrad und erhält die Antwort: Gut, befriedigend oder schlecht. Die guten Antworten werden mit der Note 150 bedacht, befriedigend erhält Note 100, und schlecht wird mit 50